

N i e d e r s c h r i f t

über die 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Mittwoch, den 18.01.2023 (öffentlicher Teil)

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:35 Uhr
Ort: Landratsamt Saale-Orla-Kreis, Neubau, Konferenzsaal 237,
Oschitzer Str. 4, 07907 Schleiz,

Anwesenheit:

Anwesend: Landrat
Fügmann, Thomas (bis 18:00 Uhr)

Vorsitzender
Möller, Klaus

Ausschussmitglieder
Fischer, Jörg
Herrgott, Christian
Kuschick-Büttner, Anja
Roßner, Marc
Thieme, Frederik

Beratende Mitglieder
Brünner-Neumann, Karina
Herrgott, Beate
Hofmann, Nadine
Krasser, Ines
Ladwig, Oksana
Thieme, Mandy

Mitarbeiter der Kreisverwaltung
Guber, Sybille
Güdter, Romy
Hellfritsch, Lina
Langer, Katharina
Lautenschläger, Yvonne
Lukas, Katja
Schmidt-Rösner, Diana
Schnedermann, Judith
Taubert, Michael
Umbach, Stephan
Unger, Philipp

Delegierter Jugendparlament
Schmidt, Pauline

Gäste
Frau Scholz

Entschuldigt: Ausschussmitglieder
Grau, André (dienstl. Gründe)
Müller, Ronny
Neumüller, Alex
Reller, Cynthia (dienstl. Gründe)

Beratende Mitglieder
Beyer, Astrid
Geisler, Astrid
Göhrisch, Martin
Marufke, Dieter
Mergner, Klaus (dienstl. Gründe)
Schröter, Maraike
Wetzel, Holger (private Gründe)

Schriftführerin: Beate Eismann

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.10.2022
2. Beschluss über Teilnahme am Förderprogramm Präventionsketten
Vorlage: J/046/2023
3. Beschlussempfehlung an den Kreistag des Saale-Orla-Kreises über den Haushalt der Fachdienste Wirtschaftliche Familienhilfen/ JA; Jugend und Familie/ JA; Frühe Hilfen und Inklusion / JA sowie des Fachbereichsbüros Soziales, Jugend und Gesundheit
Vorlage: J/045/2022
4. Vorstellung Thema Inklusion im Fragenkatalog Kita-Bedarfsplan
5. Anfragen
6. Informationen/Sonstiges

Klaus Möller eröffnet die 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Zu TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.10.2022

Wortmeldungen zur Niederschrift.
Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

**mehrheitlich
bei 3 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss genehmigt die Niederschrift über die 17. Sitzung des Ausschusses am 05.10.2022 (öffentlicher Teil).“

65-18/2023

**Zu TOP 2 Beschluss über Teilnahme am Förderprogramm Präventionsketten
Vorlage: J/046/2023**

In Ergänzung zum Sachverhalt der Vorlage und der als Anlage beigefügten Umsetzungskonzeption für die Präventionsketten erfolgen von Frau Lukas zusammengefasste Informationen wie folgt:

Das Programm "Thüringer Präventionsketten" unterstützt die Landkreise bei der Entwicklung ganzheitlicher und passgenauer Präventionskonzepte für Kinder bis 10 Jahren und ihre Familien. Ziel ist es, mit Hilfe kommunaler Netzwerke für eine gerechte Zukunft für Kinder zu sorgen. Im Mittelpunkt stehen dabei Maßnahmen zur Förderung, Bildung, Unterstützung, Partizipation, Betreuung, und Beratung. Unter Beteiligung aller mit der Thematik Befassten soll aus den bestehenden Unterstützungsangeboten ein langfristiges, niedrighschwelliges Netzwerk geschaffen werden. Für die Kommunen soll damit die Entwicklung eines eigenen Verständnisses zur Thematik einhergehen.

Im Vorfeld der Ausschreibung war der Landkreis Modellkommune bzw. wurden in Zusammenarbeit mit dem IKPE die vorhandenen Strukturen untersucht und Entwicklungsideen für den ländlichen Raum betrachtet. Die Etablierung der Präventionsketten wird im Landkreis im Rahmen der integrierten Sozialplanung als Teilbereich der Umsetzung der Sozialstrategierichtlinie erfolgen. Unter dem Motto des Förderprogrammes „Für ein chancengerechtes Leben im Saale-Orla-Kreis“ wird eine Aufteilung in drei Schwerpunkten (1. chancengerecht aufwachsen, 2. chancengerecht beteiligen, 3. chancengerecht alt werden) stattfinden.

Anhand eines ausgereichten Schemas wird der Arbeitsplan der Jahre 2022-2025 erläutert. Die Förderphase hat bereits im Jahr 2022 begonnen, für den Umsetzungsstart der Präventionsketten im Jahr 2023 wird am 15.03.2023 eine Auftaktveranstaltung stattfinden. Ziel ist die Beschlussfassung im Kreistag im Jahr 2025 über die Präventionsketten als Teil der Sozialstrategierichtlinie bzw. Nachfolger des Armutspräventionsplanes.

Die Förderung der Personalstelle wird zu 50 % aus der Auridis-Stiftung und zu 50 % aus dem ESF (Europäischer Sozialfond) gefördert. Da diese Förderung günstiger ist, wird die bisherige Förderung durch die GKV aufgegeben.

Auf Nachfragen von Herrn Thieme und Herrn Fiedler werden weitere Details und Unterschiede der Konditionen, Laufzeiten bzw. Eigenanteile der Förderprogramme (Auridis, ESF, GKV) erläutert und damit nochmals die Entscheidung für die günstigere Variante begründet. Die Personalstelle ist für 1 Mitarbeiter im Stellenplan vorhanden, da diese ursprünglich über die GKV geplant war. Zusätzlich werden 15 % Verwaltungsausgaben gefördert.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen

**mehrheitlich
bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung**

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises beschließt die Teilnahme am Förderprogramm „Thüringer Präventionsketten“.“

66-18/2023

**Zu TOP 3 Beschlussempfehlung an den Kreistag des Saale-Orla-Kreises über den Haushalt der Fachdienste Wirtschaftliche Familienhilfen/ JA; Jugend und Familie/ JA; Frühe Hilfen und Inklusion / JA sowie des Fachbereichsbüros Soziales, Jugend und Gesundheit
Vorlage: J/045/2022**

Zur Einführung wird von Herrn Unger zusammenfassend über die Steigerungen im HH-Planentwurf für das Jahr 2023 im Vergleich zu 2022 informiert.

Der Sozialbereich stellt neben den Personalkosten einen wesentlichen Teil der Mehrbelastungen dar. Mit den vorliegenden Zahlen im HH-Planentwurf ist von 1,5 % Erhöhung der Kreisumlage gegenüber dem Vorjahr auszugehen. Der Eingang bzw. die Höhe weiterer Landesmittel ist momentan noch nicht bekannt. Auf die schwierige Lage werden insbesondere die Kreistagsmitglieder des Jugendhilfeausschusses sensibilisiert.

- FD 33 Jugend und Familie/Jugendamt

Von Herrn Unger wird insbesondere auf den Schwerpunkt der Jugendhilfe mit einer Erhöhung von 1,8 Mill. € hingewiesen. Für die Schulsozialarbeit sind die Tarifierhöhungen zu verzeichnen.

Zur Nachfrage von Herrn Thieme, inwieweit die abgebildeten Mehrausgaben der Schulsozialarbeit die tatsächlichen Steigerungen abbilden, wird von Frau Krasser die Berücksichtigung eines gewissen Grades bestätigt. Von Frau Kaufmann wird als Vertreterin der Volkssolidarität Oberland als Träger der Schulsozialarbeit eindringlich darauf aufmerksam gemacht, dass die Beträge nicht ausreichend sind und keine Planungssicherheit für die Träger gegeben ist. Über die aktuelle Fachkräftesituation wird zusammenfassend berichtet. Eine Verbesserung der Stellenbesetzung ist angesichts dieser unsicheren Zukunftsperspektiven aus ihrer Sicht nicht zu erreichen.

Von Herrn Unger und Herrn Fügmann wird auf die bewusste Entscheidung verwiesen, keinen zusätzlichen Betrag des Landkreises aufzunehmen. In Anbetracht der Kreisumlagenhöhe bzw. der notwendigen Mehrheit für einen HH-Beschluss wird eine Erweiterung als unrealistisch erachtet.

Von Frau Brüner-Neumann wird auf den momentan an vielen Schulen vorherrschenden Lehrermangel und die feste Größe der Schulsozialarbeit zur Unterstützung an den Einrichtungen verwiesen. Mit einer Kürzung wird eine drohende Verschlechterung der Situation befürchtet.

Unter Hinweis auf die Rückzahlung an das Land im Jahr 2021 wird von Herrn Thieme die Möglichkeiten einer Gestaltung z.B. Doppelbesetzungen hinterfragt. Von Frau Kaufmann

wird hierzu über die Gründe der Rückzahlung wie z.B. Beschäftigungsverbot informiert. Die Möglichkeiten einer kurzfristigen Verwertung für befristete Verträge werden als äußerst schwierig geschildert.

Auf die Nachfrage von Herrn Roßner welcher Mehrbetrag notwendig ist, wird von Frau Kaufmann eine vorgenommene Einsparung von jeweils einer halben Stelle für beide Träger genannt, was zusammen ca. 50 T€ ausmacht. Von Frau Herrgott wird ergänzt, dass im letzten Jahr zusätzliche Coronamittel zum Ausgleich verwendet wurden, was in diesem Jahr nicht mehr möglich ist.

Von Herrn Herrgott wird darauf verwiesen, dass es sich hierbei um freiwillige Leistungen des Landkreises handelt, die keine Zustimmung im Kreistag finden wird. Es wird sich dafür ausgesprochen, besser für einen beschlussfähigen Haushalt ein realistisches Bild mit dem Defizit zu akzeptieren.

An der weiteren Diskussion zur Notwendigkeit der Aufnahme zusätzlicher Mittel bzw. der Erlangung einer Zustimmung im Kreistag beteiligen sich Herr Roßner, Frau Kuschick-Büttner, Herr Fügmann, Herr Möller, Herr Herrgott, Herr Fiedler. Es ergeht der Vorschlag die betreffende HH-Stelle um 50 T€ zu erhöhen.

Von Frau Kaufmann wird an die im Jugendförderplan aufgenommene jährliche Erweiterung der Schulstandorte ab dem Jahr 2023 zu einem flächendeckenden Ausbau erinnert, diese wurde auch im Kreistag so beschlossen.

Von Herrn Thieme und Frau Brünner-Neumann wird auf die Erwartung der Eltern bzw. einem notwendigen Signal aus dem Jugendhilfeausschuss hingewiesen.

Von Herrn Herrgott wird beantragt, der Verwaltung den Auftrag zur Aufnahme der o.g. Summe in der Änderungsvorlage zu erteilen. Den einzelnen Kreistagsmitgliedern oder Fraktionen wird anheimgestellt, wiederum einen Änderungsantrag zur Reduzierung zu stellen. Dem **Antrag auf Erhöhung der HH-Stelle Förderung Schulsozialarbeit um 50 T€** wird von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses **mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung) zugestimmt.**

Die Hintergründe einzelner geplanter Änderungen werden durch Herrn Unger z.B. für die HH-Stellen Wohnformen für Mütter/Väter, soziale Gruppenarbeit, sozialpädagogische Familienhilfe erläutert.

Auf die Nachfrage von Herrn Möller wird von Frau Krasser über die beabsichtigte Einrichtung einer Tagesgruppe als teilstationäre Hilfe zur Erziehung gemeinsam mit dem Schulamt Ostthüringen zum temporärem Lernen berichtet. Von Frau Thieme wird ergänzt, dass am 16.03.2023 eine Beratung zum aktuellen Bedarf stattfinden wird und die Entscheidung über eine Durchführung ergeht. Weiter wird von Frau Krasser informiert, dass im Fall keiner Realisierung dieses zusätzlichen Projektes, die Kinder in Flexteams in größeren Gruppen betreut werden.

Die Wahrscheinlichkeit der Durchführung in diesem Schuljahr wird erörtert und sich für eine Verwendung der nicht benötigten Mittel für die Schulsozialarbeit ausgesprochen.

Dem Antrag von Herrn Möller eine **Reduzierung der HH-Stelle Erziehung in einer Tagesgruppe** um 50 T€ zu vollziehen, wird von den Ausschussmitgliedern **einstimmig zugestimmt.**

Weitere Informationen zu Änderungen der HH-Stellen erfolgen durch Herrn Unger wie folgt: Auf Grund der Empfehlungen zur Höhe der Pflegesätze für materielle Aufwendungen und erzieherische Leistungen der Pflegeeltern wird für die Vollzeitpflege eine entsprechende Anpassung in der Änderungsvorlage aufgenommen.

Um den Bedarf bedingt durch steigende Fallzahlen und neue Tagessätze finanzieren zu können wurde für die Heimerziehung eine Erhöhung aufgenommen. Auf Nachfrage von Herrn Thieme werden von Frau Krasser weitere Details zu den Kostensätzen genannt. Unter Hinweis auf schwankende Fallzahlen oder zu übernehmender Verpflichtungen in anderen Landkreisen wird eine Kalkulation als schwierig eingeschätzt.

In Erwartung weiterer aufzunehmender unbegleiteter minderjähriger ausländischer Kinder wurde eine Erhöhung für diese Position eingearbeitet, durch das Land erfolgt eine vollständige Kostenerstattung.

Für die intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung in Heimen wurde eine Reduzierung festgeschrieben.

Auf Grund der geänderten Gesetzeslage für junge Volljährige, die dadurch länger in Betreuung/Heim verbleiben, wurde eine Erhöhung für diese Hilfen aufgenommen. Ebenso wurde für die Inobhutnahmen bedingt durch deutlich höheres zu erwartendes Fallaufkommen, dem Mangel an Heimplätzen bzw. der gestiegenen Kostensätze eine Steigerung eingearbeitet.

Für die Jugendpauschale ist unter Begründung der Lohnentwicklungen eine entsprechende Anpassung erfolgt. Auf die Nachfrage von Frau Kaufmann zur Beachtung der steigenden Energiekosten für die Jugendhäuser wird von Frau Herrgott berichtet, dass eine teilweise prozentuale Einplanung erfolgt ist, aber keine 100%ige Prognose stattfinden kann. Die eingearbeitete Steigerung wird von Frau Kaufmann als zu gering eingeschätzt.

Mit den vorgegebenen Zahlen wird von Herrn Fügmann und Herrn Herrgott ein gesetzter Rahmen gesehen und bestätigt, dass im Bedarfsfall nachgesteuert wird, um für die Träger Lösungen zu schaffen.

FD 34 Wirtschaftliche Familienhilfen/Jugendamt

Als große Ausgabenbereiche dieses Fachdienstes werden von Herrn Unger die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen sowie der Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes genannt. Bereits im ersten Entwurf wurde für den Kita-Bereich eine Erhöhung für leistungsberechtigte ukrainische Kinder aufgenommen. In der Änderungsvorlage soll eine Ergänzung der Einnahmen durch Rückerstattungen des Unterhaltsvorschusses auf Basis des Anordnungssolls der letzten Jahre eingearbeitet werden. Auf Nachfragen wird das Leistungs- bzw. das Erstattungsverfahren mit den zu erwartenden Rückerstattungen erläutert.

Von Frau Lautenschläger wird ergänzend auf die Zusammenhänge zwischen der Erhöhung der Kita-Beiträge durch die Kommunen, der Antragserhöhung zur Erstattung durch die Eltern und letztendlich der Erhöhung der Kreisumlage aufmerksam gemacht.

FD 35 Frühe Hilfen und Inklusion/Jugendamt

Für diesen Fachdienst wird von Herrn Unger informiert, dass die Mehrausgaben für Schulbegleiter und heilpädagogische Leistungen hauptsächlich begründet sind in Tarifsteigerungen und erhöhtem Fallaufkommen.

Ergänzend wird von Frau Langer über Erhöhungen für komplexere Fälle berichtet, bei denen sich eine Heimunterbringung schwierig gestaltet bzw. die Kinder in den Schulen nicht mehr zu händeln sind.

Auf die Nachfrage von Herrn Fiedler zur Erweiterung des Projektes Familienklasse um den Standort Bad Lobenstein wird von Frau Langer mitgeteilt, dass auf Grund einer zusätzlichen Ausbildung einer Mitarbeiterin die bisher geplanten Personalkosten ausreichen.

Zur Frage der Abbildung der Finanzierung des Revolutionstrains durch Herrn Herrgott wird von Frau Langer die Ausgabenplanung unter dem Netzwerk „Courage gegen Drogen“ bestätigt.

Fachbereichsbüro 3 Jugend, Soziales und Gesundheit

Von Herrn Unger wird auf verschiedene Programme und Projekte, die direkt im Fachbereichsbüro zugeordnet sind, hingewiesen. Weitere Informationen erfolgen zur jeweiligen Förderung der Personalkosten.

Systemische Veränderungen haben sich teils zu den Unterabschnitten ergeben, die nun in der Neugliederung übersichtlich dargestellt sind.

Herr Fügmann geht 18:00 Uhr.

Abschließend wird von Herrn Unger informiert, dass in der Hoffnung mit den Zahlen des Jahresabschlusses und unter Abwägung der Risiken beabsichtigt ist, die Änderungsvorlage mit weiteren Reduzierungen in die nächste Sitzung des Finanzausschusses einzubringen.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses fassen mit den zuvor beschlossenen Änderungen

einstimmig

folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss des Saale-Orla-Kreises empfiehlt dem Kreistag, dem Haushalt der Fachdienste Wirtschaftliche Familienhilfen/ Jugendamt, Jugend und Familie/ Jugendamt, Frühe Hilfen und Inklusion/ Jugendamt sowie des Fachbereichsbüros Soziales, Jugend und Gesundheit gemäß den beigefügten Anlagen für das Haushaltsjahr 2023,

mit aufzunehmenden Änderungen nach erfolgter Abstimmung wie folgt:

- die Erhöhung der HH-Stelle 1.45206.71803 (Förderung Schulsozialarbeit-Aufstockung durch den Landkreis) iHv 50.000,- € sowie
- die Reduzierung der HH-Stelle 1.45550.77140 (Erziehung in einer Tagesgruppe) iHv 50.000,- €,

seine Zustimmung zu erteilen.“

67-18/2023

Zu TOP 4 Vorstellung Thema Inklusion im Fragenkatalog Kita-Bedarfsplan

Zur Bitte das Thema Inklusion im Jugendhilfeausschuss bzw. den dafür genutzten Fragenkatalog näher vorzustellen bzw. auszuwerten, da dieser auch die Ausgangslage im Rahmen der Bedarfsplanung zur Erstellung des Kita-Bedarfsplanes darstellte, erfolgen von Frau Schnedermann/Mitarbeiterin im FD Frühe Hilfen an Hand einer Präsentation folgende Informationen:

Im Rahmen der Bedarfsplanung wurden alle Kindergärten des Landkreises angeschrieben und die Fragebögen zugesandt. Eine Beteiligung hat von ca. 58 % der Einrichtungen stattgefunden.

Als Beispiele der Fragestellungen werden u.a. die Kenntnis über die Bedeutung der Inklusion oder das Ziel der Inklusion genannt. Die Antworten waren teils unbefriedigend oder nur auf die pädagogische Sichtweise ausgerichtet. Vielmehr ist darunter das gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen zu verstehen. Für den FD Frühe Hilfen wird deshalb die

Wichtigkeit der Aufgabe gesehen, weiter anzuleiten und zu gestalten, um die Akteure besser zu befähigen.

Zur Frage des Erlebens im täglichen Alltag wurde größtenteils eine Bereicherung gesehen, aber auch auf die teils fehlenden Rahmenbedingungen oder auf den Spagat eines Gerechtwerdens für alle hingewiesen.

Die Verankerung des Themas Inklusion ist bei vielen Einrichtungen im Konzept vorhanden, wobei es auch hier teilweise Nachbesserungen bedarf.

Weitere Fragen waren z.B. die Umsetzung im pädagogischen Alltag, die vorhandenen Voraussetzungen oder der Stellenwert bei Elternabenden, diese sollten genutzt werden, um das Thema in die Gesellschaft zu tragen und Verständnis zu schaffen.

Durch den FD Frühe Hilfen werden fortlaufend Fortbildungen in dieser Richtung angeboten.

Zusammenfassend wird aus dem Wirken des seit 2015 bestehenden Arbeitskreises Inklusion informiert und aus dessen Wirken im Wesentlichen festgehalten werden kann, dass die Problematik Inklusion zunimmt und flächendeckend zu verzeichnen ist. Als Fazit ist ebenfalls zu nennen, dass um Veränderungen bewirken zu können, weiter am Denken gearbeitet und hierfür das Thema breitgefächert in die Gesellschaft getragen werden muss. Ein Teil ist hierzu auch das durch den Fachdienst unterbreitete Angebot von Fortbildungen.

Zum Hinweis von Herrn Möller auf die deutlich erkennbare Notwendigkeit einer Überzeugungsarbeit wird von Frau Langer nochmals auf den stattfindenden Arbeitskreis Inklusion sowie die Bestückung der Kita-Fachtagungen mit dem Thema hingewiesen.

Zu TOP 5 Anfragen

Unter diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

Zu TOP 6 Informationen/Sonstiges

Für die nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses im Jahr 2023 wird sich unter den Ausschussmitgliedern auf folgende Termine verständigt:

Mittwoch, den 31.05.2023, 16:00 Uhr

Mittwoch, den 30.08.2023, 16:00 Uhr

Mittwoch, den 22.11.2023, 16:00 Uhr.

Klaus Möller beendet um 18:35 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Klaus Möller
Ausschussvorsitzender

Beate Eismann
Schriftführerin